

Ratsherr Grassau berichtet aus der Vorberatung im Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss. Es sei zu mehreren TOPs (hier: 21, 22, 24 und 25) angeregt worden, erst dann einen Beschluss zu fassen, wenn über die Konsolidierungsmaßnahmen Klarheit bestünde. Der Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss habe in zwei der genannten Fällen eine entsprechende Zurückstellung beschlossen. Die Vertreter der CDU-Ratsfraktion würden sich ggf. enthalten, um zu signalisieren, dass man die eigentliche Maßnahme nicht ablehnen wolle. Es ginge nur um den Zeitpunkt der Beschlussfassung angesichts der noch offenen Frage der Konsolidierung.

Ferner appelliert Ratsherr Grassau an die Verwaltung, vor dem genannten Hintergrund in der November Sitzung keine weiteren Vorlagen, aus denen finanzielle Verpflichtungen resultieren würden, vorzulegen. Entsprechende Beschlüsse könnten für die Dezember-Sitzung vorgesehen werden.

Herr 1. Stadtrat Hillgruber weist auf die im vorliegenden Falle relevante vertragliche Verpflichtung hin.